



Von Ernst Kovahl

Rechts-Anwalt

Björn Clemens: Ein Multi-Aktivist der extremen Rechten

Der Showdown in der Spitze der Partei *Die Republikaner* (REP) hatte sich schon lange abgezeichnet. Beim Parteitag im Dezember 2006 klärten sich die Fronten. Der politische Kurs des Bundesvorsitzenden **Rolf Schlierer** wurde bestätigt. Er gewann die Vorstandswahl mit 135 zu 71 Stimmen gegen seinen Konkurrenten, den stellvertretenden Bundesvorsitzenden **Björn Clemens** (39) aus Düsseldorf. Der Flügel um Schlierer versucht seit Jahren, die REPs als verfassungskonforme und "demokratische Rechtspartei" zu etablieren. Deswegen entschied sich die Partei gegen Wahlabsprachen im Rahmen des so genannten Deutschlandpaktes von NPD und DVU.

Clemens wirft Schlierer dagegen vor, die Partei ruiniert zu haben. Von mehr als 20.000 Mitgliedern seien nur noch 6.000 dabei; Wahlerfolge blieben aus. Einst saßen Vertreter der Partei im Europaparlament, im baden-württembergischen Landtag und im Berliner Abgeordnetenhaus. Lediglich einige Kommunalmandate sind heute

noch übrig. Clemens forderte nun eine politische, personelle und organisatorische Erneuerung. "Ein ‚Weiter so, wie bisher‘ wäre das zwangsläufige Stalingrad und der unmittelbar anschließende 8. Mai der Republikaner", schrieb der Berliner Landesverband der Partei Ende November 2006 zur Unterstützung Clemens. Der war zuvor für die Berliner als Spitzenkandidat zur Wahl des Abgeordnetenhauses angetreten, ohne den Niedergang stoppen zu können. Nur 0,9 % der Stimmen errang die Partei. Ihren Wahlkampf hatte sie mit Hetze gegen "Überfremdung" und den Islam bestritten.

Schon 2004 hatte Clemens versucht, die Führung der Bundespartei zu übernehmen. Damals betonte er, die Abgrenzungsbeschlüsse gegenüber NPD & Co. mitzutragen, "obwohl er sich zuvor in einem auf dem Parteitag zirkulierenden Positionspapier gegen ein ‚Kontaktverbot‘ ausgesprochen hatte", wie die *Junge Freiheit* (JF) schrieb. Mehrfach setzte er sich aus taktischen Gründen für eine Revision

der Abgrenzungsbeschlüsse ein. "Ergebnisoffen" wolle er mit der NPD über Wahlabsprachen reden, sagte Clemens auf dem Parteitag 2006: "Niemand glaubt doch ernsthaft, dass unsere Chancen bei einer Landtagswahl steigen, wenn die NPD als Gegner antritt." Das Ziel sei ein "Burgfrieden" mit der NPD. "Mittelfristig" sei auch ein Beitritt zum "Deutschlandpakt" denkbar, zitiert die JF ihn.

Burschenschaft und Partei

Clemens engagiert sich schon seit Jahren in der deutschen Rechten. Während seines Studiums in Marburg und Gießen trat er in die Marburger *Burschenschaft Rheinfranken* ein. Sie gilt als extrem rechts und ist Mitglied in der *Deutschen Burschenschaft* (DB). 1989 war er Erstchargierter der *Rheinfranken*, eine Art Vorsitzender. Im selben Jahr wurde er Ersatzmitglied des *Ausschusses für burschenschaftliche Arbeit* und ein Jahr später zum regulären Mitglied dieses Ausschusses gewählt. 1991 wurde er Ersatzmitglied für den Hauptausschuss der DB.

1989 trat Clemens auch den REPs bei. Seine Karriere kam in Fahrt, als er Anfang der 90er Jahre deren hessischer Landesjugendbeauftragter und Pressesprecher des REP-Kreisverbandes Gießen wurde. Zudem saß er im Gießener Kreistag. Schon in den Publikationen aus dieser Zeit finden sich jene ideologischen Versatzstücke, die das Denken von Clemens bis heute prägen. In einem "Aufruf der Republikanischen Jugend zur Hessenwahl" von 1995, der von ihm verantwortet wurde, hetzte der Jugendverband gegen Politiker, Drogendealer, Kommunisten und Ausländer. In einem Artikel im *Jugend REPort*, einem Infoblatt der *Republikanischen Jugend Hessens*, beklagte Clemens die "kulturelle Auszehrung unseres Volkes". Zudem würde die Regierung Deutschlands Souveränität an die europäischen Institutionen "verhöckern". An die Stelle von Westorientierung und "Freiheit und Selbstverwirklichung [...], Egoismus, Konsumgeilheit, Vergnügungssucht und Anspruchsdenken"

müssten ein "gesamtdeutsches Denken" sowie "Bescheidenheit, Vaterlandsliebe, Opferbereitschaft" treten. "Mit Wut und Elan wollen wir Deutschland wieder zu dem machen, was es einst war: einer freien [...] mit sich selbst versöhnten Nation. [...] Wir sind das junge Deutschland!"

Hochschulpolitik

1993 kündigte Clemens den Neuaufbau des *Republikanischen Hochschulverbandes* (RHV) an. Der Verband war 1989 zur Aktualisierung der Partei gegründet worden, zerstritt sich jedoch schnell wieder. Aber auch Clemens Neugründung war nicht sehr erfolgreich. Nur an wenigen Hochschulen gab es aktive Gruppen. Zudem fehlte es trotz der Verankerung im burschenschaftlichen Milieu an einer kontinuierlichen Basis.

Nach seinem Studium war Clemens 1995 bis 1996 Mitarbeiter an der Humboldt-Universität Berlin. 1998 wurde er Mitglied des Bundesvorstandes der Partei. 1999 arbeitete er für die REP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg als Berater. Von 2002 bis 2006 war er stellvertretender Bundesvorsitzender der Partei.

Diskriminiertes Deutschland

Einen kleinen Coup landete Clemens 2005 mit seiner Promotion "Der Begriff des Angriffskrieges und die Funktion seiner Strafbarkeit". Hatte er bis dahin nur in rechten Blättchen wie *Nation & Europa*, *Burschenschaftliche Blätter*, *Junge Freiheit* oder *Soldat im Volk* geschrieben, schaffte er nun den Sprung in eine breitere Öffentlichkeit und die Wissenschaft. Die Arbeit erschien in dem renommierten Wissenschaftsverlag *Duncker & Humblot*. In einer Rezension kritisierte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* zwar "zahlreiche (rechts)geschichtliche Thesen [...], die mehr als problematisch erscheinen", doch komme Clemens das "Verdienst" zu, den umstrittenen Begriff des Angriffskrieges zu definieren. Und die politikwissenschaftlichen *Blätter für deutsche und internationale Politik* verwiesen in einem Auf-

satz zum internationalen Recht sogar auf Clemens' Arbeit, ohne dessen politischen Background zu erwähnen.

In seiner Promotion behauptet Clemens, dass die Verfolgung der deutschen Kriegsverbrecher nach dem Ersten Weltkrieg und die Bestrafung der NS-Täter nach 1945 diskriminierend gewesen sei, da sie einseitig gegen Deutschland gerichtet war. Das Verbot eines Angriffskrieges im Grundgesetz sowie die entsprechenden Regelungen im Strafgesetz würden die Souveränität Deutschlands schwächen, da das "Recht zum Krieg" für Clemens – im Anschluss an **Carl Schmitt** – zum Kern staatlicher Hoheit gehört. Das Verbot des Krieges sei nutzlos, denn trotz der Beteiligung an völkerrechtswidrigen Kriegen habe die Bundesanwaltschaft die Einleitung von Ermittlungen gegen die Bundesregierung abgelehnt. Die Strafandrohung im Gesetz sei "ohne Einfluss auf [...] die Entscheidung des Bundestages" geblieben, resümiert Clemens. Die Ächtung des Krieges im deutschen Recht habe lediglich eine geschichtspolitische Funktion. Im Ergebnis plädiert Clemens für die Abschaffung der Ächtung des Angriffskrieges. Zwar würde diese Abschaffung vermutlich folgenlos bleiben. Doch Deutschland könnte noch unbeschwerter von historischen Belastungen Kriege führen als bisher. Zweitgutachter der Arbeit war interessanterweise der Marburger Rechtsprofessor und Freund der deutschen "Vertriebenen", **Gilbert Gornig** (vgl. *Lotta Nr. 22, S. 51*). Ihm verdanke er "wichtige Anregungen", schreibt Clemens im Vorwort seines Buchs.

Anwalt der Rechten

Seit 2000 arbeitet Clemens als selbstständiger Rechtsanwalt und unterhält in der Düsseldorfer Lindenstraße eine Kanzlei. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im "politischen" Strafrecht, dem Verwaltungs- sowie Wehr- und Soldatenrecht und in der Durchsetzung von Gegendarstellungen und Unterlassungsansprüchen gegenüber Medien. Immer wieder

vertritt er rechte Mandanten, so zum Beispiel den bayerischen *Republikaner Hermann Reichertz*, der den damaligen Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden, **Michel Friedman**, als "Zigeunerjuden" bezeichnet hatte, aber auch den Dortmunder *Oidoxie-Sänger Marko Gottschalk*, der wegen Volksverhetzung angeklagt wurde.

Neuorientierung?

Nach seiner Niederlage auf dem REP-Parteitag tingelte Clemens durch die extreme Rechte. Anfang Januar trat er bei der NPD Neu-Ulm / Günzburg mit "satirischen Texten" und im Duett mit dem Neonazi-Liedermacher **Frank Renniecke** auf. Ein Übertritt Clemens zur NPD ist derzeit aber eher unwahrscheinlich. Zu deutlich hat er sich gegen die NPD positioniert. Zudem hat auch er immer darauf gesetzt, an den rechten Flügel der CDU und konservative Kreise anschlussfähig zu bleiben. Ebenso dürfte die DVU als politische Heimat nicht in Frage kommen, auch wenn er dem DVU-Blatt *National-Zeitung* Ende Januar ein Interview gab.

Eine Woche nach seinem Auftritt bei der NPD war Clemens bei der *Bürgerbewegung pro Köln* zu Gast, am 5. Februar leitete er die Gründungsversammlung der *Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen* (pro NRW). Eigenangaben zufolge wird diese nun ihren Sitz in Düsseldorf einrichten...

Dass Clemens den Weg in die politische Inaktivität wählt, damit ist wohl kaum zu rechnen. Auch sei er "noch zu jung zum sterben", schrieb er am 21. Februar 2007 in seiner Parteiaustrittserklärung an den REP-Bundesverband: "Nach den jüngsten Entwicklungen" handle es sich bei der Partei "um ein Totenschiff". ★